

Ja! Es stimmt, dass wir reden müssen**Eine Erwiderung auf den Mitgliederbrief von Luise Neuhaus-Wartenberg und Stefan Liebich**

Den fds-Mitgliedern liegt ein Papier von Luise Neuhaus-Wartenberg und Stefan Liebich vor, indem sie eine bewertende Bilanz des Bundesparteitages in Berlin ziehen und versuchen, daraus Rückschlüsse für die künftige Bedeutung und Funktion des fds auszuleuchten. Sie fordern die Mitglieder gleichzeitig auf, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Dies möchte ich mit dieser Antwort im Vertrauen darauf tun, dass meine Erwiderung als genau das betrachtet wird was sie ist: nämlich als ein Diskussionsbeitrag, der nicht den Anspruch hat, vollständig alle Argumente auszuleuchten noch der Weisheit letzter Schluss zu sein.

Ein Wort über mich, da mich kaum einer von euch kennen wird: Ich bin fds-Mitglied in Niedersachsen. Seit ungefähr einem halben Jahr. Ich bin in der Hoffnung eingetreten, eine Gruppe zu finden, die sich wohltuend abhebt von dem machttaktisch geprägten Diskurs in der Sozialistischen Linken, die in Niedersachsen eng mit dem Namen Diether Dehm verbunden ist und von der Antikapitalistischen Linken, die sich, auch weil von Mitgliedern der SAV dominiert, immer mehr in sektenähnlichem Geschwafel verliert. Ich werde dieses Jahr 48, bin seit mehr als 20 Jahren mit ein und derselben Frau verheiratet, wir haben zusammen drei Söhne. Ich bin Gründungsmitglied der Partei und war dort immer ehrenamtlich aktiv. Derzeit bin ich Vorsitzender des Kreisverbandes Aurich, Parteitags- und Landesausschussdelegierter sowie Ratsherr in der Gemeinde Großefehn.

Ich habe mich dafür entschieden, aus der Perspektive eines in den alten Bundesländern politisch sozialisierten neuen fds-Mitglieds das aufzuschreiben, was ich als störend empfunden habe. Dabei versuche ich, diese individuellen Wahrnehmungen als Gedanken in den Kontext des Neuhaus/Liebich-Papiers zu bringen, und zwar in der Hoffnung, dass meine Überlegungen durch die Einnahme dieses etwas anderen Blickwinkels uns als Gruppe insgesamt weiter bringen.

1. Gedanke: fds als ostdeutsches Elitenprojekt oder mit Teilnahmechancen für alle Mitglieder?

Luise Neuhaus und Stefan Liebich wünschen sich ein *neues Selbstverständnis*. Wir sollen zu unserer *Mitgliedschaft im fds auch mit breiter Brust* stehen (im Verlauf sind die Originaltextstellen aus dem Neuhaus/Liebich-Papier *kursiv* gesetzt). Ich frage mich aber, warum ich das tun soll. Bislang habe ich keinerlei Angebote erhalten, um sozialen Anschluss an die Gruppe oder an ihre politischen Diskurse zu erhalten. Ich möchte dies mit einem Beispiel illustrieren: Als fds-Mitglied war ich in Berlin zum ersten Mal auf einen Bundesparteitag und es hat sich niemand um mich gekümmert. Es gab keine Begrüßung, es gab keine Möglichkeit sich und andere kennenzulernen, es gab keine Patin oder keinen Paten, die bzw. der mir half, mich zu orientieren. Kurzum gab es nichts von dem, was für mich als Kreisvorsitzender ganz selbstverständlich zu organisieren ist, wenn mir ein neues Mitglied gemeldet wird. *Politische Heimat* kann so nicht entstehen, weil sie nicht zentral dekontextualisiert werden kann. Sie entsteht, wenn Empathie zu den handelnden Genossinnen und Genossen mit geteilten politischen Überzeugungen im gemeinsamen Handeln zusammenfallen. Man könnte dies begrifflich mit „Nestwärme“ umschreiben. Fehlt sie, nimmt die Loyalität zur Gruppe ab, was zwangsläufig zu Ausfransungen beim Stimmverhalten und damit zu einer geringeren eigenen politischen Schlagkraft führt, die sichtbar wird sobald es keine gemeinsame Schnittmenge mit anderen Gruppen gibt. Dies zeigen die Ergebnisse des Hamburger Listenparteitags und des Berliner Parteitages deutlich. Wir sollten uns darüber verständigen, warum das so ist. Liegt es daran, dass das fds im Selbstverständnis der Hauptakteure mit „Agenda-Setting-Potential“ tatsächlich und in erster Linie ein machttaktisches

Ja! Es stimmt, dass wir reden müssen**Eine Erwiderung auf den Mitgliederbrief von Luise Neuhaus-Wartenberg und Stefan Liebich**

Karrierenetzwerk vor allem für jüngere Männer aus den neuen Bundesländern ist, das zentral organisiert und elitengesteuert ist? Dafür könnte sprechen, dass es keine Mitgliederbefragung darüber gab, wer vom fds für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden kandidieren sollte. Mir sind auch keine strömungsinternen Debatten über personelle Alternativen bekannt. Was aus meiner Sicht fehlt, ist ein Verständnis für eine Kultur der aktiven Beteiligung aller Mitglieder, die strukturell abgesichert ist. Das Fehlen von „Nestwärme“ kann zudem am eigenen Selbstverständnis liegen, wonach das fds das *inhaltliche, organisatorische und kulturelle Erbe der PDS* zu bewahren hat und was dazu führt, sich nicht in die alten Bundesländer öffnen zu mögen. Dafür spricht meine kleine Skizze zum Bundesparteitag. Wie dem auch sei. Beides könnten Gründe sein, warum wir eine Abnahme der innerparteilichen Bedeutung zu beklagen haben. Die Lösung könnte sein, dass sich das fds ganz pragmatisch den Gegebenheiten der Partei DIE LINKE stellt und versucht, seine gesamtdeutsche Perspektive deutlich zu stärken, indem eine stärkere Verankerung in die alten Bundesländer bei gleichzeitiger Stärkung partizipativerer Formen des strömungsinternen Diskurses angestrebt wird. Beispielsweise könnte dies in meinem Bundesland auch durch eine intensive Begleitung der wenigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker geschehen.

2. Gedanke: negative oder positive Themen besetzen

In der Linken gibt es Themen, die zwar nicht eindeutig geklärt und damit umstritten sind, deren Bearbeitung auch mit alternativen Lösungsansätzen aber unstrittig ist und deshalb von der Gesamtgruppe legitimiert wird. Genauso gilt aber auch, dass es bestimmte Inhalte gibt, die als sensibel gelten und als so genannte „rote Linien“ moralisch aufladbar sind. Im ersten Fall gilt, dass solche „positive Themen“ nutzbar sind, um damit zu werben und Mitglieder auf neue programmatische Aussagen zusammenzuführen, während die Hinwendung auf von der Gesamtgruppe als heikel gekennzeichnete Themen provozieren und Diskutanten voneinander abgrenzen. Gemeinsam zu tragende Ergebnisse in Form von Anträgen oder Programmen können dabei auf gar keinen Fall durch einen solidarischen Diskurs oder gar konsensual getroffen werden, sondern nur konfliktorisch und nach einer kräftezehrenden Auseinandersetzung, an deren Ende nicht nur die unterlegene Strömung, sondern auch die Gesamtpartei geschwächt oder gar öffentlich beschädigt hervorgeht. Es gibt dabei nur ein „richtig“ oder „falsch“, „Sieger“ und „Besiegte“. Politik wird zum Kampf, zugespitzt formuliert herrscht dann „Krieg“. Dies ist die Situation vor dem Göttinger Parteitag. Die Leistung auch unserer Parteivorsitzenden besteht nun darin, dass sie versuchen, aus dieser sich am konkreten Thema selbst radikalisierte Konfliktschneise auszubrechen und solidarischere Formen des innerparteilichen Diskurses strukturell einzuführen. Dies geschieht nicht linear und das geht auch nicht ohne Kratzer und Schrammen, die Wahlverlierer schmerzhaft zu erleiden haben. Das fds muss sich aber überlegen, ob es in einem abwartenden Reflex in Opposition dazu geht oder bereit ist, sich weiterhin darauf einzulassen. Es muss seine Entscheidung auch unter taktischen Aspekten treffen, wozu eine abnehmende Bindungsstärke auch in den mitgliederstarken Ostlandesverbänden genauso gehört wie ein geringerer Zugriff auf die Ressourcen der Gesamtpartei. Ein „negatives Thema“ ist für mich der Umgang mit der Frage von Bundeswehreinheiten im Ausland. Dabei ist es wie im richtigen Leben. Je weiter man von irgendetwas weg steht, desto anders wird der Blick darauf. Von der nordwestdeutschen Küste aus betrachte ich mit völligem Unverständnis das Agieren in der Frage des Fregatteneinsatzes im Mittelmeer zur Absicherung der Vernichtung

Ja! Es stimmt, dass wir reden müssen**Eine Erwiderung auf den Mitgliederbrief von Luise Neuhaus-Wartenberg und Stefan Liebich**

syrischer Chemiewaffen. Das fds ist dadurch in die selbstgestellte Moralfalle getappt, die von anderen Strömungen im Vorfeld des Berliner Parteitages gegen das fds aufgestellt werden konnte. Um nicht missverstanden zu werden. Für mich persönlich ist die Mittelmeerfregatte keine Frage der Prinzipienfestigkeit. Es ist aber eine Frage des Stils. Ohne Parteibeschluss macht man so was nicht. Es ist auch eine Frage des Pragmatismus. Als Teil einer Bundesregierung hätte man dafür was anderes einhandeln können, als Opposition kriegt man nichts. Es ist eine Frage, wie wir die Partei sehen und von ihr behandelt werden wollen. Denn wir besetzen damit Positionen, die für die Parteimehrheit innerhalb einer „no-go-area“ liegen. Und dann sollten wir uns auch nicht wundern, wenn es anderen aus völlig durchsichtigen Gründen gelingt, den fds durch moralisch wertende Attribute negativ zu zeichnen. Wir haben uns nicht darüber zu beklagen, *dass ein Feindbild fds unterschwellig existiert*, wobei Martin Michels richtigerweise darauf hinweist, dass dieses Feindbild in Niedersachsen auch ganz offen ausgelebt wird, weil wir einen Teil der Verantwortung dafür tragen. Auf jeden Fall gilt, dass der, der anderen vor das Schieneneisen tritt, damit rechnen muss, dass bei nächster Gelegenheit ein Revanchefoul passiert. Und dafür war der Bundesparteitag in Berlin gut genug. Der stand nämlich unter dem Eindruck der Geschehnisse in der Ukraine, und zwar in einer völlig irrationalen Art und Weise. Man erinnere sich nur einmal daran, dass die Parteitagsdelegierten Wolfgang Gerckes irrationalem 1914er Vergleich zugejubelt haben. Verschärfend kommt hinzu, dass es in der Partei Befürchtungen gibt, eine Neupositionierung dieser als „rote Linie“ verstandenen Position diene in erster Linie dem Wegräumen vermeintlicher Hürden für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Vielleicht sollte man versuchen denjenigen, die das Feindbild fds zur Stabilisierung ihrer eigenen politischen Machtposition so dringend benötigen wie der Papst das Weihwasser, ganz einfach durch die Konzentration auf Themen, die positiv besetzt werden können, den Wind aus den Segeln und damit ihre Anschluss- und Koalitionsfähigkeit mit anderen Strömungen oder Parteimitgliedern zu nehmen. Dazu gehört aus meiner Sicht die Versöhnung mit der Ökologiebewegung, also die Auflösung der Frage, wie zukünftig gesellschaftliche Wohlfahrtseffekte ohne Zerstörung unserer natürlichen Ressourcen erzeugt werden können. Dazu könnte auch eine inhaltlich geführte Auseinandersetzung um die sich im ständigen Wandel befindliche Ausprägung der Erwerbsarbeitsarbeit und ihrer janusköpfigen Ausprägung von Emanzipation und Zwang gehören. Aber dazu gehört eindeutig nicht die Frage von Auslandseinsätzen durch die Bundeswehr. Wie dem auch sei: Was wir nun wie inhaltlich angehen wollen muss gemeinsam diskutiert und festgelegt, aber nicht an uns Mitgliedern vorbei durch Handeln faktisch vorgegeben werden, weil zumindestens ich nur dann motiviert werden kann für den fds in die Bresche zu springen, wenn ich als Mitglied durch Beteiligung ernst genommen werde.

3. Gedanke: Die Position des fds im Gesamtgefüge der Partei: Was ist Normal oder Nichtnormal?

Luise und Stefan beschreiben das fds als eine Strömung, die innerhalb der Gesamtpartei an Zustimmung und Einfluss verliert. Das mag so stimmen. Aber geschieht dies nicht in einem ganz normalen Prozess der Angleichung? Oder andersherum formuliert: War der *Zugang zu den Ressourcen der Partei* in der alten PDS nicht zugunsten des fds ungleich verteilt? Falls dieser Befund stimmt, sollte keine Kraft auf den kaum erfolgsversprechenden Versuch verschwendet werden, einen früheren Status-Quo zu erreichen. Stattdessen wäre es aus meiner Sicht erfolgsversprechender, zur Verbesserung unserer Einflussmöglichkeiten einen strömungsinternen

Ja! Es stimmt, dass wir reden müssen**Eine Erwiderung auf den Mitgliederbrief von Luise Neuhaus-Wartenberg und Stefan Liebich**

Diskussionsprozess zu organisieren, der es uns erlaubt, sich als eine von mehreren Strömungen in einer anders als in der vormaligen PDS gestrickten gesamtdeutschen Linken zu sehen. Ressourcen können dann nicht nur als direkten Zugang zu bezahlten Stellen zu begriffen werden, sondern als Gradmesser für die Chance, innerhalb der Partei inhaltliche Positionen zur Mehrheitsfähigkeit entwickeln zu können. Dazu gehört natürlich auch der Zugriff auf (bezahlte) Mandate und auf den Apparat von Fraktionen und Partei aller Ebenen. Aber eben nicht nur. Wenn wir erfolgreich sein wollen im Sinne einer Strömung, die die parteiinternen Debatten beeinflussen kann, sollten wir begreifen, dass dies nicht mehr automatisch aus dem vorgefundenen Traditionsbestand der untergegangenen DDR geschieht, sondern immer wieder aufs Neue erstritten und mit Leben gefüllt werden muss. Bilden wir Netzwerke in Gesamtdeutschland, die getragen werden durch inhaltliche Diskurse und durch ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das man auch als politische Heimat bezeichnen könnte, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich diese neue Stärke auch durch eine verbesserte Repräsentation von fds-Mitgliedern in Ämtern, Apparate und Mandate abbilden lässt. Versucht man jedoch, den Schwerpunkt auf ein Karrierenetzwerk - in der Regel für mehr oder weniger junge Männer mit ostdeutscher Biographie - zu legen, führt dies zu einem stetig fortsetzenden Verschleiß. Der Berliner Parteitag möge dafür als Warnung gelten.

4. Gedanke – zum Begriff des Pragmatischen oder: Dilettanti-avanti - das fds auf dem Berliner Parteitag

Würde ich es zugespitzt oder mit eindeutig polemischer Absicht formulieren, müsste ich diesen Gedanken mit folgenden Wörtern eröffnen: „Hört endlich auf zu jammern. Mein Gott. Habt Eier in der Hose. Steht auf, wenn ihr einen Niederschlag hinzunehmen habt. Denn Heulsusen sind nicht sexy. Analysiert die Fehler, aber bitteschön ohne immer gleich die weltbewegende Frage nach dem Alles oder Nichts zu stellen. Natürlich wird das fds gebraucht, was die Debatte um das Parteiprogramm oder das Europawahlprogramm doch auch überdeutlich gezeigt haben. Aber kapiert doch endlich, dass in der Politik „Recht haben“ und „Recht bekommen“ zwei unterschiedliche Paar Schuhe sind.“ Aber genau das tue ich aber nicht. Wohltemperiert stelle ich nur fest, dass aus meiner Sicht die Anwendung des technischen Handwerkzeugs zur Erreichung unserer politischen Ziele optimierungsbedürftig ist. Dazu gehört auch eine andere Interpretation der Situation in der Partei. Ich halte es für falsch, von *erkaufter Ruhe* zu sprechen, die *unproduktiv* sei und *hemmen* würde im *politischen Diskurs*. Diese Bewertung ist deswegen so politisch gefährlich, weil er als Frontalangriff auf die Bundesvorsitzenden gewertet könnte und gleichzeitig von der Aufarbeitung eigener Versäumnisse und Fehlern ablenkt, die gerade erst zu den Berliner Parteitagsergebnissen führten, die wir jetzt zu beklagen glauben müssen. Als Vorsitzender eines ländlichen Kreisverbandes in Westdeutschland ist der Konsens (nicht der Mythos!) von Göttingen, sich etwas weniger anzupöbeln eine der Grundvoraussetzungen für die Weiterexistenz. Nichts ist für die Mitglieder und Wahlbevölkerung bei uns abstoßender als ein Laden, der sich immer vor Zeugen selbst zerlegt. Das begriffliche Vermischen von *Konsens* und *Mythos* oder *Ruhe* und *programmatischer Stillstand* im Neuhaus/Liebich-Papier beschreibt aus meiner Sicht denn auch einer der möglichen Ursachen der derzeitigen Schwäche des fds und seines Vorstandes, weil begrifflich was zusammengepackt wird was nicht zusammengehört. Ohne ein Mindestmaß an *Ruhe*, verstanden als das Vorhandensein von mittelenglichen Umgangsformen und gegenseitigem Respekt ist eine (programmatische)

Ja! Es stimmt, dass wir reden müssen**Eine Erwiderung auf den Mitgliederbrief von Luise Neuhaus-Wartenberg und Stefan Liebich**

168 Weiterentwicklung der Partei schlichtweg unmöglich, weil man in den eingeübten Diskursen des
169 „wir“ und „ihr“ steckenbleibt. Und wenn Stefan und Luise schreiben, dass der *Sound nicht der unsere*
170 *ist*, dann zeugt das von einem veritablen Abstand zu unseren Bundesvorsitzenden und der
171 Parteimehrheit, was natürlich mit einer Durchsetzungsschwäche unserer Strömung einhergehen
172 muss. Vielleicht hat man einen Trend verschlafen, der mit Göttingen einhergeht. Aber auch aus
173 taktischen Gründen ist eine solche Zustandsbeschreibung wenig hilfreich, weil sie erneut negative
174 Zuweisungen durch andere Strömungen zulässt und das fds dadurch tendenziell weniger in der Lage
175 sein wird, mehrheitsbildend zu wirken. Seien wir pragmatisch. Arbeiten wir in der Partei auf
176 Grundlage dessen, was sie derzeit ist und nicht, wie wir sie uns wünschen.

177 Dazu reicht es aber nicht, wenn wir uns so präsentieren wie auf dem Berliner Parteitag. Ich möchte
178 es kurz machen: Müsste ich das Agieren der fds-Spitze während des Bundesparteitages in einer
179 Schulnote fassen, käme ich nur dann um ein „ungenügend“ herum, weil ich aus reiner
180 Menschenfreundlichkeit „mangelhaft“ auch schon für schlimm genug halte.

181 Das fängt an mit der Satzungsdebatte und den offensichtlich nicht mit dem Landesverband Sachsen
182 abgesprochenen oft inhaltsgleichen Anträgen, die dann zum Teil während der Debatte einseitig
183 zurückgezogen wurden. Man hätte ja auch eine Aufgabenteilung verabreden können (oder hat man
184 es versucht und ist gescheitert? Wäre schön, darüber was zu erfahren). Das geht weiter mit dem
185 Antrag zur Doppelspitze, zu dem unsererseits weder ein Aufstand am Saalmikro organisiert noch ein
186 Änderungsantrag dazu vorbereitet wurde (man hätte ja auch mich fragen können). Wer aber nicht
187 kämpft hat schon verloren, worüber man danach denn aber nicht jammern sollte. Und dann die
188 Kandidatur Dominic Heiligs, zu der man ruhig einen Zusammenhang zur Bundestagsabstimmung zu
189 den Fregatteneinsätzen herstellen darf. Ich behaupte, dass ihm die fds Mitgliedschaft bereits
190 deswegen geschadet hat. Geschadet hat ihn außerdem der Umstand, dass seine Gegenkandidaten
191 entweder im *Sound* des Parteitages fest verankert waren, wie Pflüger, der in den Augen aller - und
192 nicht nur der Westdelegierten - ein glaubwürdiger Gegner von imperialer Außenpolitik und den
193 damit verbundenen Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist, oder wie Troost, der als gelernter
194 Westler weiß, wie man eine Friedensfahne richtig einsetzt und dazu noch in einem sehr großen
195 ostdeutschen Landesverband beheimatet ist. Wer also diese Kampfkandidatur für richtig befunden
196 hat, der werfe den ersten Stein. Wer aber seine Partei so falsch einschätzt, der trage dann auch
197 mannhaft die damit verbundene wenn auch knappe Niederlage. By the way: Die Vorstellung unseres
198 Kandidaten war allerdings auch verbesserungswürdig und es stellt sich mir die Frage, ob es nicht
199 geeignetere Kandidaten hätte geben können, die in der Lage sind, Herz und Hirn einer Mehrheit von
200 Delegierten anzusprechen. Zum *Sound* des fds gehörte in Berlin leider auch, dass der unterlegene
201 Kandidat nicht auf der gemischten Liste antrat, was als Wehleidigkeit ausgelegt wurde (und
202 offensichtlich auch nicht auf jede SMS reagiert, die ihm Mut und Trost zusprechen sollte). Und
203 schließlich die Abwahl Sharmas. Ich habe bereits in meinem Delegiertenbericht für die Mitglieder
204 meines Delegiertenwahlkreises deutlich gemacht, dass ich es unmöglich finde, wenn die
205 Bundesvorsitzenden oder Gegenkandidaten mit Andeutungen operieren. Entweder klare Kante oder
206 Klappe halten und im Hintergrund für seine Mehrheiten sorgen. Aber davon unabhängig ist es das
207 gute Recht von Vorsitzenden, intensiv Ausschau nach den Personen zu halten, mit denen sie glauben
208 besser zusammenarbeiten zu können. Ich hoffe, dass dies Konsens im fds ist. Ich jedenfalls werbe in
209 meinem Kreisverband vor jeder Wahl für ein Personaltableau, mit dem ich glaube, störungsfreier und
210 zielorientierter zusammenarbeiten zu können und finde das nicht ehrenrührig. Aber die Beantragung

Ja! Es stimmt, dass wir reden müssen**Eine Erwiderung auf den Mitgliederbrief von Luise Neuhaus-Wartenberg und Stefan Liebich**

211 der 15 minütigen Pause durch das fds hat ganz sicher den Gegnerinnen und Gegnern von Sharma in
212 die Hände gespielt, um ihre Delegierten zu den Urnen zu mobilisieren oder zu einer anderen
213 Stimmabgabe zu überzeugen, worauf seine geringere Stimmenanzahl im zweiten Wahlgang
214 hindeutet. Also gilt auch hier die Frage nach der Eigenverantwortung. Als wirklich ärgerlich empfinde
215 ich es aber, wenn in der strömungsinternen Nachbetrachtung des Parteitages diese Geschehnisse
216 über die politischen Signale gestellt werden.

217 Im Fazit also zusammenfassend: Die Frage nach einer Selbstauflösung des fds stellt sich nicht. Nötig
218 ist aber die Erkenntnis, dass durch die Parteineugründung eine andere politische Situation
219 entstanden ist, die andere Formen der Politikgestaltung notwendig macht, wozu auch und vor allem
220 eine verbesserte Teilhabe der an inhaltlicher Mitarbeit interessierten Mitglieder gehört.

221 Los geht's!